

Antrag

Datum: 19. April 2014

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Vorpommern – Rügen

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern – Rügen		05. Mai 2014

Betreff:

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen – Kommunale Daseinsvorsorge schützen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fürchtet durch das derzeit von der EU-Kommission hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) negative Konsequenzen z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch für die Tarife und Arbeitsbedingungen der kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe.

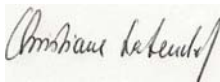
Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr und der Wasserversorgung beinhaltet.

Die Folgen dieser Abkommen werden im Ergebnis besonders in den Kommunen zu verspüren sein.

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fordert aus diesem Grunde den Landkreis auf, sich gegen das geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU- Kommission zu intervenieren.

Sachdarstellung:

siehe Anlage



Christiane Latendorf und Fraktion

Sachdarstellung:

Seit 2013 verhandeln die EU-Kommissionen und die US-Administration im kleinen Kreis ohne öffentliche Transparenz über die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Am 19. Mai 2014 beginnt die 5. Verhandlungsrunde, nachdem bereits in der 4. Verhandlungsrunde lt. EU-Kommission bestehende Konflikte nicht ausgeräumt werden konnten.

Insbesondere durch Angleichung von Normen und Standards soll der größte Handelsraum der Welt entstehen.

Ganz grundsätzlich zielt das Abkommen darauf ab, Konzerne und Kapital gegenüber Bürgerinnen und Bürgern weiter zu bevorzugen.

Mit dem TTIP sollen Gesetze, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Natur schützen, als Handelshemmnis gelten. Das ist ein Anschlag auf mühsam erkämpfte Rechte.

TTIP ist ein Rückfall in vordemokratische Zeiten. Das gilt für den hinter verschlossenen Türen stattfindenden Verhandlungsprozess, insbesondere aber auch für den Investitionsschutzteil des Abkommens.

Es geht beim TTIP um die wechselseitige Absenkung von Normen und Standards.

Die international tätigen Unternehmen wollen ein einheitliches, für sie kostengünstigeres und niedrigeres Niveau gesetzlicher Bestimmungen.

Deshalb ist klar, warum das TTIP geheim verhandelt wird.

Studien u.a. der Bertelsmann Stiftung haben gezeigt, dass es einen massiven Schub des Wirtschaftswachstums nicht geben wird.

„Mit dem TTIP wird der Verdrängungskampf zu Lasten kleiner regionaler Anbieter noch weit stärker als bisher. Arbeitsplätze werden abgebaut und verlagert. Das wirkt sich besonders auf die kommunale Ebene aus:

Profite und Marktanteile großer Unternehmen können zwar steigen, aber weit mehr Unternehmen werden vom Markt verschwinden – weil sie trotz guter Qualität nicht mithalten können.

Wir sehen zwar auch einen Abstimmungsbedarf zwischen der USA und EU.

Das bedarf aber Transparenz.

Wir wollen klare Regelungen beim Datenschutz.

Wir wollen hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen und keinen Verdrängungswettbewerb durch Absenkung bewährter Standards.

Wir wollen klare Regulierungen der Finanzbranche und einen starken Verbraucherschutz.